

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Innen- und Rechtsausschuss

16. WP - 9. Sitzung (öffentlicher Teil)

am Mittwoch, dem 26. Oktober 2005, 14:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Werner Kalinka (CDU)

Heike Franzen (CDU)

Ursula Sassen (CDU)

Monika Schwalm (CDU)

Wilfried Wengler (CDU)

Thomas Hölck (SPD)

Klaus-Peter Puls (SPD)

Thomas Rother (SPD)

Günther Hildebrand (FDP)

Anne Lütkes (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzender

i. V. von Peter Lehnert

i. V. von Wolfgang Kubicki

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Peter Eichstädt (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Entwurf eines Gesetzes zur Förderung von Beratungsstellen in freier Trägerschaft nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz	5
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/203	
2. Bundesratsinitiative für ein „Flughafen-Lübeck-Gesetz“	6
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/221	
3. Entwurf eines Gesetzes zur Einführung von Innovationsbereichen zur Stärkung der Einzelhandels- und Dienstleistungszentren (BID-Gesetz)	7
Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/246	
4. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Gemeindeordnung und der Amtsordnung	8
Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und SPD Drucksache 16/106 (neu) - 2. Fassung - Änderungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/127	
5. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesbeamtengesetzes	9
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/255	
6. Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Gesetzes betreffend die Ablösung der Reallasten in der Provinz Schleswig-Holstein vom 3. Januar 1873	10
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/239	
7. Entwurf eines Waldgesetzes für das Land Schleswig-Holstein (Landeswaldgesetz - LWaldG)	11
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP Drucksache 16/270	

- 8. Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum EG-Gentechnik-Durchführungsgesetzes (AGEGGenTDG) 12**
Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/251
- 9. Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages über die Bereitstellung von Mitteln aus den Oddset-Sportwetten für gemeinnützige Zwecke im Zusammenhang mit der Veranstaltung der FIFA Fußball-Weltmeisterschaft Deutschland 2006 13**
Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/247
- 10. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesschlichtungsgesetzes 14**
Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/240
- 11. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Landesverfassung 15**
Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/279
- 12. Verschiedenes 16**

Der Vorsitzende, Abg. Kalinka, eröffnet die Sitzung um 14 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Förderung von Beratungsstellen in freier Trägerschaft nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/203

(überwiesen am 1. September 2005 an den **Sozialausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

Auf Vorschlag von Abg. Puls schließt sich der Ausschuss einstimmig dem Votum des federführenden Sozialausschusses an und empfiehlt dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfs in unveränderter Fassung.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Bundratsinitiative für ein „Flughafen-Lübeck-Gesetz“

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 16/221

(überwiesen am 2. September 2005 an den **Wirtschaftsausschuss**, den Umwelt- und Agrarausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss)

hierzu: Umdruck 16/251

Abg. Puls beantragt Ablehnung und verweist in diesem Zusammenhang auf die Stellungnahme des Innenministeriums, Umdruck 16/251.

Abg. Hildebrand dagegen plädiert für Annahme des Gesetzentwurfs. Er teilt mit, dass seine Fraktion die aus Umdruck 16/251 ersichtliche Beurteilung nicht mittrage.

Abg. Lütkes und Abg. Schwalm schließen sich für jeweils ihre Fraktion der Auffassung des Innenministers an.

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Wirtschaftsausschuss mit den Stimmen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme des Vertreters der FDP, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Einführung von Innovationsbereichen zur
Stärkung der Einzelhandels- und Dienstleistungszentren (BID-Gesetz)**

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/246

(überwiesen am 29. September 2005 an den **Wirtschaftsausschuss** und den
Innen- und Rechtsausschuss)

Abg. Puls schlägt vor, den Gesetzentwurf bis zur Vorlage des Regierungsentwurfs zurückzustellen.

Von Abg. Lütkes nach der Zeitschiene für die Vorlage des Gesetzentwurfs der Landesregierung gefragt, antwortet M Dr. Stegner, dass das Kabinett den Gesetzentwurf voraussichtlich am 29. November beraten werde. Anschließend werde der Gesetzentwurf dem Landtag unverzüglich zugeleitet werden. - Daraufhin erklärt sich Abg. Lütkes mit einer Zurückstellung der Beratung des Gesetzentwurfs einverstanden. - Der Ausschuss beschließt in diesem Sinn.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Gemeindeordnung und der
Amtsordnung**

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/106 (neu) - 2. Fassung -

Änderungsantrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/127

(überwiesen am 28. September 2005)

Abg. Puls schlägt vor, den Gesetzentwurf bis zur Vorlage des Ersten Verwaltungsstrukturreformgesetzes der Landesregierung zurückzustellen, das im Dezember in erster Lesung im Landtag beraten werden werde. - Der Ausschuss erklärt sich mit dieser Verfahrensweise einverstanden.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesbeamtengesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/255

(überwiesen am 29. September 2005 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und
den Finanzausschuss)

Auf Vorschlag von Abg. Hildebrand beschließt der Ausschuss, am 30. November eine mündliche Anhörung durchzuführen. Die Beschlussfassung soll am 7. Dezember erfolgen. Die zweite Lesung wird für die Dezember-Tagung angestrebt.

Die Anzuhörenden sollen gegenüber der Geschäftsführerin des Ausschusses binnen einer Woche benannt werden.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Gesetzes betreffend die Ablösung der Reallasten in der Provinz Schleswig-Holstein vom 3. Januar 1873

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/239

(überwiesen am 29. September 2005)

Abg. Puls schlägt Zustimmung zu dem Gesetzentwurf vor.

Auf eine Frage des Abg. Hildebrand antwortet AL Dr. Fedden, das Gesetz werde fachlich als erforderlich angesehen.

Auf eine Nachfrage der Abg. Spoorendonk erläutert er, dass das Gesetz über bestimmte Nachfolgevorschriften nach wie vor geltendes Recht sei. Im Widerspruch dazu seien wegen in einem Standardwerk zum Grundbuchrecht bis aus dem Jahr 2001 fälschlichen Angaben Reallasten in Grundbücher eingetragen worden, die aufgrund der Rechtslage nicht hätten eingetragen werden dürfen. Der Gesetzentwurf sehe vor, diese Vorgänge zu heilen und die eingetragenen Reallasten für wirksam zu erklären.

RD Dr. Caspar fragt nach, inwieweit Artikel 14 Grundgesetz berücksichtigt worden sei. AL Dr. Fedden antwortet, Artikel 14 GG dürfe keine Rolle spielen. Die Eintragungen beruhten auf dem Einverständnis und der Vereinbarung der Beteiligten. Es gehe hier um die Fälle, in denen die Eintragungen nach geltender Gesetzeslage unwirksam sein müssten. Würden diese für rechtens erklärt, werde genau der Zustand hergestellt, der von den Vertragsparteien gewollt gewesen sei.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Waldgesetzes für das Land Schleswig-Holstein
(Landeswaldgesetz - LWaldG)**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 16/270

(überwiesen am 29. September 2005 an den **Umwelt- und Agrarausschuss**
und den Innen- und Rechtsausschuss)

Abg. Hildebrand erklärt sein Einverständnis damit, den Gesetzentwurf zurückzustellen, bis ein vom Fachminister angekündigter Gesetzentwurf der Landesregierung vorliegt.

Der Ausschuss stellt den Gesetzentwurf daraufhin bis zur Vorlage des Gesetzentwurfs der Landesregierung zurück.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum EG-Gentechnik-Durchführungsgesetzes (AGEGGenTDG)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/251

(überwiesen am 29. September 2005 an den **Umwelt- und Agrarausschuss**
und den Innen- und Rechtsausschuss)

Auf Vorschlag von Abg. Puls schließt sich der Ausschuss dem vom federführenden Umwelt- und Agrarausschuss zu wählenden Verfahren an.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages über die Bereitstellung von Mitteln aus den Oddset-Sportwetten für gemeinnützige Zwecke im Zusammenhang mit der Veranstaltung der FIFA Fußball-Weltmeisterschaft Deutschland 2006

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/247

hierzu: Umdruck 16/286

(überwiesen am 29. September 2005 an den **Finanzausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Finanzausschuss einstimmig, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesschlichtungsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/240

(überwiesen am 29. September 2005)

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Landesverfassung

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/279

(überwiesen am 29. September 2005)

Abg. Lütkes regt an, den vorliegenden Vorschlag zur Änderung der Landesverfassung gemeinsam mit anderen in der Diskussion befindlichen Vorschlägen zur Änderung der Landesverfassung zu beraten.

Abg. Puls verweist zunächst auf die Parlamentsdebatte und schlägt Ablehnung des Gesetzentwurfs vor.

Ferner gibt er bekannt, dass die Koalitionsfraktionen beabsichtigten, einen Gesetzentwurf in den Landtag einzubringen, der folgende Punkte vorsehe: die Aufnahme des Staatsziels Pflege in die Landesverfassung, eine Regelung bezüglich der Schaffung eines Landesverfassungsgerichts, eine Regelung der Frage der Oppositionsführerschaft sowie eine Änderung von Artikel 22, Informationspflichten der Landesregierung gegenüber dem Landtag. Er gibt zu bedenken, dass die geplante Schaffung eines Landesverfassungsgerichtes auch den in diesem Gesetzentwurf angesprochenen Regelungstatbestand betreffe.

Abg. Spoorendonk plädiert vor diesem Hintergrund dafür, die Gesetzentwürfe gemeinsam zu beraten. Abg. Hildebrand schließt sich dem an.

Abg. Puls und Abg. Schwalm erklären sich mit diesem Verfahren einverstanden. - Der Ausschuss stellt die Beratung des Gesetzentwurfs bis zur Vorlage des von den Koalitionsfraktionen angekündigten Gesetzentwurfs zurück.

Punkt 12 der Tagesordnung:

Verschiedenes

a) Der Ausschuss beschließt die aus Umdruck 16/290 ersichtlichen Sitzungstermine - mit Ausnahme des 10. Mai - für das erste Halbjahr 2006.

b) Der Vorsitzende weist darauf hin, dass Umdruck 16/152 auf Anregung des ULD nachträglich für nicht öffentlich erklärt worden sei. Dieser könne Daten enthalten, die ein laufendes Ermittlungsverfahren betreffen. Aus diesem Grund sei der Umdruck auch aus der im Internet veröffentlichten Liste der Umdrucke entfernt worden.

Abg. Rother merkt an, der Presseberichterstattung sei zu entnehmen gewesen, dass der mutmaßliche Täter gefasst worden sei. Er fragt, ob der Fahndungserfolg auf die Handyüberwachung zurückzuführen sei. M Dr. Stegner erklärt, der Tatverdächtige gehöre zu dem Kreis derjenigen, der hier in Rede stehe.

c) RD Dr. Caspar macht darauf aufmerksam, dass nunmehr der Beschluss des OLG in Sachen Fachklinik Schleswig vorliege. - Der Ausschuss kommt daraufhin überein, den Antrag der Fraktion der FDP zum Maßregelvollzug in Schleswig-Holstein, Drucksache 16/19 Nr. 1, 2 und 3 b, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen.

Abg. Lütkes bittet um Übermittlung des Wortlauts des Beschlusses. - RD Dr. Caspar sagt dies zu.

d) Auf Vorschlag der Abg. Spoorendonk kommt der Ausschuss überein, sich in der nächsten Sitzung mit dem Thema Täter-Opfer-Ausgleich zu beschäftigen.

e) Information durch den Innenminister (**gemäß § 17 Abs. 1 Satz 3 GeSchO nicht öffentlich**; siehe nicht öffentlichen Teil der Niederschrift).

Der Vorsitzende, Abg. Kalinka, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 14:35 Uhr.

gez. Werner Kalinka
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter
Stellv. Geschäfts- und Protokollführerin